

Rund 200 Postämter in NÖ sind von der Schließung bedroht

Utl.: Schabl: Man nimmt den Gemeinden die Infrastruktur=

St.Pölten (NLK) - "Diese Liste hat seriöse Grundlagen", sagte heute der zweite Landtagspräsident Emil Schabl bei einer Pressekonferenz im NÖ Landhaus in St.Pölten zum Vorhaben der Post AG, rund 200 Postämter in ganz Niederösterreich zu schließen. "Für das Land Niederösterreich und besonders für die peripheren Regionen ist dies eine katastrophale Entwicklung." Zunächst habe man im Jahr 2000 dem Unternehmen Sonderdividenden von mehr als 4,6 Milliarden Schilling (334.295.038 Euro) entzogen und sich gleichzeitig Einsparungsmaßnahmen von 300 Millionen Schilling (21,80 Millionen Euro) erwartet. Die Post AG, die zu 100 Prozent der Republik Österreich gehöre, sei damit wirtschaftlich in eine schwierige Lage gekommen; nun ebne man den Weg für eine Kündigungswelle. Hätte die Bundesregierung auf diese Dividendenausschüttung verzichtet, wäre es möglich gewesen, das derzeitige Filialnetz der Post für mehr als 15 Jahre zu finanzieren und abzusichern, meinte Schabl.

"Man nimmt den Gemeinden die Infrastruktur", ganze Regionen würden ausradiert, schon jetzt gebe es in vielen Kommunen keine Nahversorger mehr, die als mögliche Ersatzlösungen in Frage kommen. Die SPÖ sei nicht gegen "kleinere Anpassungen", aber "gegen diese Vorgangsweise der Strukturanpassung". Ein derzeit bestehender Nahversorger könne jederzeit aufhören, befürchtet Schabl Konsequenzen. Man rechne vielmehr damit, dass die "gelbe Post eine Privatisierung vorbereitet".

Derzeit werde seitens des Postvorstandes beteuert, dass es zu keinen unmittelbaren Kündigungen komme. Dies sei jedoch unglaublich, denn eine Reduktion des Personals bei der Post werde schon durch Pensionierungen und durch das Auslaufen von befristeten Dienstverträgen erreicht. Weil die Schließungen von Postämtern auf jeden Fall mit Versetzungen verbunden sein werden, müssen zudem viele Mitarbeiter lange Anfahrtswege zu ihrer neuen Dienststelle in Kauf nehmen. Schabl kündigte deshalb eine Protestbewegung an, und die SPÖ werde sich in allen Bezirken und Regionen daran beteiligen.

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Pressestelle
Tel.: 02742/9005-12312

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0170 2001-10-12/13:01

121301 Okt 01

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20011012_OTS0170